

Wann steht einer auf?

von Martin Sellner

Die Lage scheint glänzend: Im Frühjahr 2025 liegt die AfD in den meisten Umfragen vor der Union. Zudem startet die neue Koalition mit einem massiven Malus ins Amt, denn Merz' Brandmauer entwickelte sich für ihn zum Gefängnis. Ohne FDP und BSW besitzt die AfD nun das Monopol auf Migrationskritik im Bundestag, während die Belastungen durch Krieg, Migration und Energiewende unvermindert anhalten. Doch auf den Straßen herrscht gähnende Leere. Keine Trauerzüge nach Terroranschlägen und Messermorden, kein schwarzrotgoldenes Flaggenmeer gegen die Schuldenpolitik. Vereinzelt halten Veteranen der Corona-Proteste die Stellung auf der Straße, und einzelne Montagsdemonstrationen setzen ihr Programm in treudeutscher Verlässlichkeit fort. Aufbruchsstimmung? Fehlanzeige.

Aber Woche für Woche beklatscht man im patriotischen Lager die neuen Umfragewerte von INSA und yougov. Es geht voran! Jedoch: Was folgt daraus konkret? Blicken wir nach Österreich: Dort führt die FPÖ seit drei Jahren konstant in den Umfragen, dennoch sind ihre Ideen gesellschaftlich machtlos, sie selbst politisch isoliert. Was Vilfredo Pareto mit seiner berühmten 80/20-Regel erkannte, gilt unverändert. In Deutschland liegen die Grünen und die Linken gemeinsam bei 20 bis 22 Prozent, doch ihre Ideologie bestimmt gut 80 Prozent des Diskurses. Eine effektive, gut organisierte Minderheit dominiert die schwache, chaotische Mehrheit.

Die Universitäten – Zukunftsfabriken der Nation – sind nach wie vor linke Festungen. Die dominanten Begriffe kommen weiterhin verlässlich von links, und die »Unwörter des Jahres« von rechts. Mit der »Brandmauer«, ihrer metapolitischen Kreation, unterbindet die linke Hegemonie mißliebige politische Allianzen. Wer glaubt, man könne sie mit ein paar Prozentpunkten einreißen, irrt. Rechte Parteien bräuchten absolute Mehrheiten für eine Regierung.

Kann die Straße den Befreiungsschlag für diese Pattsituation bringen? Straßenproteste sind nicht nur eine nette Begleiterscheinung einer Wende, sondern deren Schrittmacher. Der Soziologe Armin Nassehi attestiert Kundgebungen, daß sie Themen so setzen, »daß man an ihnen nicht vorbeikommt«. Linke NGOs haben das seit langem erkannt. Nicht umsonst hält sich dieses Lager eine Privatararmee aus Aktivisten, Bürgerbewegungen, Bands und Banden. Rechte belächeln oft den Typus des linken »Berufs- und Daueraktivisten«. Doch dieses Lächeln verblaßt rasch, wenn der linke Aktivist später das eigene Kind in der Schule unterrichtet oder als »Diversitybeauftragter« im eigenen Unternehmen auftaucht. Wer regelmäßig Straßen und Plätze besetzt, besetzt bald auch die Diskurse.

Eine Studie aus dem Jahr 2022 von Weisskircher, Hutter und Borbáth analysiert die Wechselwirkungen zwischen Protestbewegungen und politischen Parteien und identifiziert zwei entscheidende Auswirkungen: die »externe Politisierungsspirale«, die direkt auf die Gesellschaft wirke, und die »innerparteiliche Innovationsspirale«.

Manès Weisskircher, Swen Hutter, Endre Borbáth:
»Protest and Electoral Breakthrough: Challenger Party-Movement Interactions in Germany«, in: *German Politics*, Juni 2022, S. 538–662.

Als Beispiel nennen die Autoren die AfD, die sich durch die Pegida-Demonstrationen gegen Islamisierung und Masseneinwanderung thematisch neu ausrichtete. Diese Mechanismen sind interessanterweise besonders in den neuen Bundesländern wirksam, weil dort die Beziehungen zwischen Straßenbewegungen und Parteien intensiver sind.

In Österreich ließen die massiven Corona-Proteste den Versuch scheitern, »Ungeimpfte« als versprengte und extremistische Minderheit darzustellen. Der trotzig, sichtbare Widerstand gab den unsichtbaren Impfverweigerern Kraft. Die Impfpflicht scheiterte – nicht durch Anträge und Parlamentsdebatten, sondern aufgrund des Drucks von der Straße.

Große Kundgebungen sind erwiesenermaßen wirksam. Welches Potential es für Massendemos gegen Massenmigration geben könnte, stellten die Pegida-Demonstrationen 2015 unter Beweis, und in der Folge die Montagsdemonstrationen an vielen anderen Orten. Damals steckte das patriotische Lager noch in den Kinderschuhen. Seitdem ist die Zahl der Videoformate, Podcasts, Nachrichtenseiten und Postings explodiert. Die rechte Gegenöffentlichkeit war noch nie so mächtig und finanzstark wie heute. Und doch waren die Straßen nie leerer. Warum? Meiner Ansicht nach gibt es dafür drei entscheidende Gründe:

1. Wohlstand und Gewöhnung – »Dem Deutschen geht es (noch) zu gut.« Das ist die Generalantwort vieler Rechter auf die Frage, warum die Masse auf der Straße und bei den Wahlen ausbleibt. Der Kühlschrank ist voll, das Netflix-Abo ebenso finanzierbar wie der Mallorca-Urlaub, und das Leben ist schön. Widerstand hingegen kostet viel Zeit, Geld und vielleicht den Beruf. Eine berühmte Studie von James C. Davies zeigt: Revolutionen brechen meist aus, wenn einer kritischen Masse ein relativer sozialer Abstieg droht.

James C. Davies: »Toward a Theory of Revolution«, in: *American Sociological Review*, Februar 1962, S. 5–19.

Auch in Deutschland ist dieser Abstieg bemerkbar. Doch er erfolgt leise, gut verwaltet und schleichend. Daß die Repressionen im Jahr 2024, vom *Compact*-Verbot bis zur »Schwachkopf«-Razzia, deutlich an Fahrt aufnahmen, ist womöglich sogar ein gutes Zeichen. Es zeigt, daß Brot und Spiele allein nicht ausreichen, um die Massen ruhigzustellen. Dennoch wirkt der (noch) vorhandene Wohlstand als Faktor gegen Massenproteste. Dazu hat man sich nach dem Schock von 2015 an die Überfremdung gewöhnt. Der Bevölkerungsaustausch findet ebenso schleichend wie die Verarmung statt. Es ist weniger riskant, sich einzurichten, als aufzubegehren.

2. Erschöpfung und Repression – Der zweite Grund wird oft übersehen: Jede Bewegung braucht eine idealistische Avantgarde. Pegida speiste sich aus einer der ersten Wellen politisierter Mittelständler und Organisatoren mit Straßenerfahrung und dickem Telefonbuch. Im Corona-Widerstand stießen Ärzte, Anwälte und Manager als Avantgarde hinzu und perfektionierten die Organisation. Das System erkannte das – und schlug zu. Ballweg wurde verhaftet und fuellmich verurteilt. Verfahren und Razzien beschädigten ungezählte soziale Existenzen.

Michael Ballweg antwortete in einem Interview auf die Frage, warum er keine Massenproteste mehr organisiere: »Ich habe zweimal die Woche in Stuttgart Gerichtsprozeß. Das bedeutet für mich, daß ich insgesamt fünf Tage wöchentlich mit der Vor- und Nachbereitung beschäftigt bin. [...] Dazu kommt noch, daß viele der Demonstranten, die seit 2020 unterwegs sind, jetzt auch finanziell einfach am Ende sind. Ich treffe viele Leute – auch in meinem Gerichtsprozeß – die sagen: Ich habe hier ein Gerichtsverfahren, Strafbefehl wegen Nicht-Maske-Tragen oder wegen Posts, wo die Staatsanwaltschaft mich verfolgt.« Diese Wahrheit ist unangenehm. Sie zeigt uns, wie stark die Massenproteste von einzelnen herausragenden Individuen abhängen – und wie viele Leistungsträger des Widerstands getroffen und womöglich im Stich gelassen wurden. Lenin hatte festgestellt, daß »kleinbürgerliche Protestwellen gewöhnlich sieben Jahre dauern.« Die spontanen, moralisch aufgeladenen, aber nicht klar organisierten oder strategisch zielgerichteten Proteste verpufften rasch und brauchten stets lange Zeit, um sich von den Folgen der Repressionen zu erholen.

3. Das Methusalempblem – Der dritte Grund ist für uns besonders schmerzhaft. Mangelnden Idealismus kann man überwinden, Repression kann man durchtauchen oder solidarisch kontern. Das deutsche

Methusalemproblem könnte aber das endgültige Aus für Massenproteste bedeuten. Schon die Pegida-Proteste waren graumeliert. Die Corona-Demonstrationen wirkten teilweise bereits wie Seniorenausflüge. Im 21. Jahrhundert wurden patriotische Proteste bisher hauptsächlich von den Generationen 50+ getragen. Das mag an ihrer Masse oder an ihrer Mentalität liegen. Fest steht, daß wir alle nicht jünger werden. Jürgen Elsässer stellte im *Compact* im März 2025 ernüchtert fest: »Klassische Revolutionen waren immer eine Sache von jungen Männern, die Barrikaden bauten. Diese wählen zwar heute mehrheitlich AfD – aber es sind in unserer Rentnergesellschaft einfach zu wenige, um Innenstädte zu fluten oder den Bundestag zu blockieren. Selbst die Zahlen, die zum Beispiel Pegida vor zehn Jahren noch mobilisierte, sind derzeit nicht erreichbar – viele von damals sind mittlerweile altersbedingt schon gestorben oder nicht mehr so mobil.«

Die Demographie bestimmt auch das Schicksal der Revolution. Es gab einmal ein anderes Europa: Zehntausende junge Deutsche drängten aus dem Wandervogel, den Studentenverbindungen und Schulklassen nach Osten zur Verteidigung Oberschlesiens. Diese jungen Männer stürmten am 21. Mai 1921 das Annaberg-Plateau und hielten es. In Italien folgte die Jugend zwei Jahre zuvor wie in einem Rausch D’Annunzio bei seiner »sacra entrata«. Die Freiwilligenarmee eroberte Fiume und gründete einen Dichterstaat. In Rußland hatte Trotzki den Anfang gemacht. Er knackte mit seinen geschulten, revolutionären, jungen Garden die Staatsmaschine. Im unübersichtlichen Gewühl der jungen Arbeitslosen, Veteranen und Soldaten in St. Petersburg konnte man sogar vor den Augen Kerenskis in »unsichtbaren Manövern« auf offener Straße den Aufstand trainieren.

Die große Bewegung der jugendlichen Energie, die durch Europa ging, erschütterte die alte Ordnung. Damals konnten die Völker noch geradezu verschwenderisch mit ihren Jungen umgehen. Hinter vielen Masken und ideologischen Rechtfertigungen waren die revolutionären Bewegungen auch und vor allem der Lebensdrang einer Generation. Ebenso könnte die Geschichte der 68er-Bewegung aus demographischer Sicht neu geschrieben werden. Neurotisch entnazifiziert, war die Nachkriegsgeneration aber immer noch homogen und zahlreich. Rein demographisch war das Volk damals jung und revolutionsbereit. Heute ist das nicht mehr der Fall, und Fiume kehrt – vorerst – nicht wieder.

Doch auch dieser fatale dritte Punkt darf uns nicht entmutigen. Noch existiert eine kritische Masse an mobilisierbaren Deutschen. Und auch ältere Haudegen sind in der Lage, Druck auf der Straße aufzubauen. Sie können die Quantität stellen, die eine junge Avantgarde dann stilvoll und strategisch aufwertet. Bei den Corona-Protesten wurde das praktisch umgesetzt. Die schönsten Frontbanner, die die Massendemos ästhetisch aufwerteten, stammten von jungen identitären Aktionsgruppen.

Die Jugend schafft ikonische Bilder, wählt den Fokus und nimmt die metapolitischen Schlüsselstellen ins Visier. Die Älteren unterstützen sie materiell und schaffen einen Massefaktor auf der Straße und an den Wahlurnen. So wäre eine neue Bewegung denkbar. Im entscheidenden Zeitfenster bis zum Kipp-Punkt im Bevölkerungsaustausch reichen die Kräfte für eine Massenbewegung auf der Straße noch aus. Einer generationenübergreifenden Remigrationsallianz könnte in einer Zeit der Krisen und der wachsenden Repression eine Wende gelingen.

In der Studie »So You Say You Want a Revolution: A Game Theoretic Explanation of Revolution in Repressive Regimes« werden Revolutionen spieltheoretisch betrachtet. Sie scheitern meist an Koordinationsproblemen und nicht daran, daß es den Unzufriedenen »zu gut geht«. Der Schlüssel zur Wende ist die subjektive Wahrnehmung des Volks: Es wägt jeweils zwischen Kosten (Repression) und Nutzen (Wende) – und trifft seine Entscheidung unter Unsicherheit über die Lage und die Reaktion des Gegners.

Die Entscheidung zur Teilnahme an Massenprotesten hängt immer von der Vorstellung davon ab, wie viele andere auch mitmachen werden. Je größer die Erwartung, desto größer die Erfolgswahrscheinlichkeit. Je mehr Masse auf der Straße, desto geringer sind auch die individuellen Repressionskosten. Soziale Medien haben diese Gleichung bereits drastisch verändert: Sie sorgen für »Informational cascades« (Informationslawinen), die rasch Masse suggerieren und die Mobilisierung erleichtern. Auch die KI-Technologie eröffnet hier viele neue Möglichkeiten.



© Karsten Socher / Alamy Stock Foto

Ab einer gewissen Schwelle kippt die Gleichung. Aus der Angst vor Repression wird die Angst des Verpassens. Man will nicht zu Hause bleiben und die »historische Demo«, von der jeder andere Patriot Bilder und »Stories« posten wird, auslassen. Ernst Jünger beschrieb diese Stimmung so: »Ach, nur nicht zu Haus bleiben, nur mitmachen dürfen!« Ziel der Mobilisierung ist stets, in Zehntausenden einzelnen diesen ideellen Kipp-Punkt zu erreichen. Menschen revoltierten nur, wenn sie glaubten, es werde funktionieren. Hier entdeckten die Forscher ein paradoxes Phänomen, das uns Hoffnung machen darf.

Repression kann eine Bewegung glaubwürdiger machen. Je härter der Staat gegen Dissidenten vorgeht, desto eher glaubt die Masse ihnen, daß sie es ernst meinen. Die Forschung zeigt, daß es in Regimen mit weniger Repression viel häufiger Proteste gab. Doch die Masse beteiligte sich nicht an ihnen und belächelte sie oft nur. Je riskanter Proteste durch scharfe Repressionen und Strafverfolgung wurden, desto seltener, aber wuchtiger wurden sie. Wer sich dort auflehnte, setzte alles aufs Spiel, und genau das wirkte anziehend: »Wenn die Regierung in der Lage ist, Demonstranten zu identifizieren und zu bestrafen, zögern die Dissidenten eher, sich zu mobilisieren. Doch paradoxerweise ist die Mobilisierung unter diesen Umständen ein stärkeres Signal dafür, daß die Regierung schwach und nicht in der Lage ist, einer Rebellion zu widerstehen.«

Nicht trotz, sondern gerade durch Repression kann also die Opposition Glaubwürdigkeit gewinnen: Sie kann zeigen, daß das Regime den Widerstand nicht brechen kann. Die Repression kann die Erfolgschancen für eine umfassende Wende steigern.

Ein Zusammenwirken aus innerer Organisation und äußerer Not kann eine neue patriotische Massenbewegung möglich machen. Auf das, was die Not beizutragen hat, haben wir keinen Einfluß. Aber an der inneren Organisation können wir arbeiten. Es bedarf einer metapolitischen Ausrichtung der Partei, die das schlummernde Potential von derzeit rund 15,7 Millionen Stimmen entfesseln und auf die Straße bringen kann. ■

*Bauernprotest in Kassel,
10. Januar 2024.*

John Ginkel, Alastair Smith: »So You Say You Want a Revolution: A Game Theoretic Explanation of Revolution in Repressive Regimes«, in: *Journal of Conflict Resolution* Juni 1999, S. 301 f.